

Greenpeace Berlin

Atompolitik:

1. Welche Lösung schlagen Sie für die bisher offene Frage der Endlagerung von Atommüll vor?

Die SPD ist gegen eine Fixierung auf Gorleben als Atommüllendlager. Wir wollen eine bundesweite Suche nach dem am besten geeigneten Standort, dabei ist für uns die Rückholbarkeit der Abfälle ein zentrales Kriterium.

2. Bis wann sollte der Atomausstieg erfolgt sein? Stehen sie hinter dem Ziel der Bundesregierung den Ausstieg bis 2022 zu vollführen?

Die SPD fordert bereits seit über 25 Jahren die Abkehr von der Atomenergie. Wir begrüßen, dass die Bundesregierung mit der Änderung des Atomgesetzes im Wesentlichen zum rot-grünen Ausstiegsbeschluss von 2000 zurückkehrt ist, den sie erst vor wenigen Monaten gekippt hatte.

Emissionen:

3. Welche konkreten Maßnahmen planen Sie zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen in Berlin?

Wir reduzieren den CO₂-Ausstoß in der Luft bis 2020 um 40 % durch die konsequente Umsetzung des Berliner Klimaschutzziels. Unternehmen fördern wir bei der Entwicklung nachhaltiger Technologien, wie Energieerzeugung, Abfallrecycling und intelligente Mobilität.

Energieeinsparung:

4. Welche konkreten Maßnahmen planen Sie zur Energieeinsparung in öffentlichen Gebäuden?

Die Gebäudebewirtschaftung der landeseigenen Immobilien gestalten wir nachhaltig und energieeffizient. Wir bauen „Energie-Contracting“, also die Lieferung von Energie und die Bereitstellung von Betriebsanlagen durch externe Dienstleister, und energetische Sanierung aus.

5. Welche Maßnahmen sind hier für den privaten Sektor geplant?

Unsere Programme zur Gebäudesanierung schaffen Anreize, in die energetische Sanierung zu investieren. Bei Vermarktung und Entwicklung landeseigener Grundstücke geben wir Investoren Auflagen vor, etwa zu energieeffizientem Bauen und dem Einsatz regenerativer Energien.

6. Wie finanzieren Sie diese Maßnahmen?

Trotz angespannter Haushaltslage finanzieren wir Maßnahmen zur Energieeinsparung mit Landesmitteln. Außerdem wollen wir verstärkt auf Mittel des Europäischen Strukturfonds zurückgreifen. Schließlich stellt die landeseigene Investitionsbank Berlin zinsgünstige Darlehen bereit.

Öffentlicher Nahverkehr/Verkehr:

7. Welche Initiativen ergreifen Sie für die Stärkung und den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs?

Wir setzen auf die Straßenbahn, etwa mit dem Bau der Linie zum Hauptbahnhof. Außerdem stärken wir die sinnvolle Vernetzung zwischen ÖPNV und anderen umweltfreundlichen Verkehrsmitteln, z.B. durch mehr Fahrradabstellanlagen an S- und U-Bahnhöfen.

8. Welche konkreten Klimaschutzmaßnahmen planen Sie im Bereich des öffentlichen Nahverkehrs?

Der ÖPNV wird ökologischer: Busse und Bahnen stellen wir auf umweltfreundliche Techniken wie Erd- und Biogas, Brennstoffzellen und regenerative Energien um. Gemeinsam mit der BVG führen wir die Grundsanie rung und Qualitätsverbesserung von U- und Straßenbahnen fort.

9. Wie wollen Sie den Verkehr aus der Stadt zurückdrängen?

Unser Verkehrskonzept entlastet die Innenstadt und die Wohngebiete. Durch sinnvolle Umgehungsstraßen und eine intelligenten Verkehrslenkung gestalten wir v. a. Wirtschaftsverkehre effektiver und ökologisch verträglicher. Dazu werden wir auch Carsharing-Modelle unterstützen.

Biomassekraftwerke:

10. Welche Position vertreten Sie zum Ausbau von Biomassekraftwerken?

Erneuerbare Energien, etwa aus Sonne, Wind, Wasser und Biomasse, müssen in Deutschland stark ausgebaut werden. Der Ausbau dieses Bereiches ist eine wichtige Voraussetzung für den Ausstieg aus der Atomenergie und einer klimaschonenden Energieversorgung.

11. Schließen Sie Energieträger (z.B. Holz, Biomasse, etc.) aus, wenn diese bei der Herstellung, Transport und Verbrennung mehr CO2 emittieren als bei der Verwendung fossiler Rohstoffe??

Es kommt natürlich auf die CO2-Gesamtbilanz an. Wenn Energieträger bei Erzeugung und Transport klimaschädlich wirken, ist ihre Verwendung kritisch zu bewerten. Zu unserem Ziel, die Energieeffizienz zu erhöhen, gehört auch diese Frage.

Strom:

12. Werden Sie sich für den Rückkauf der Berliner Stromnetze einsetzen?

Wir wollen die Stromnetze in die Kontrolle der öffentlichen Hand überführen. Durch angestrebten den Aufbau landeseigener Berliner Stadtwerke werden wir eine gute Daseinsvorsorge sicherstellen und haben eine bessere Möglichkeit der ökologischen und effizienten Lenkung.

13. Welche Position vertreten Sie in der Frage der Konzessionsverlängerung für die Strom- und Fernwärme in Berlin für Vattenfall über das Jahr 2014 hinaus?

Wir wollen die Energienetze in die öffentliche Hand zurückführen. Das Verfahren der Konzessionsvergabe nach 2014 muss aber transparent und diskriminierungsfrei sein. Erforderlich ist eine rechtzeitige Ankündigung. Deshalb muss der Prozess jetzt angeschoben werden.

CCS/Kohle:

14. Bis wann soll Berlin aus der Kohleverstromung ausgestiegen sein?

Im Rahmen eines gemeinsamen Energiekonzeptes für die fünf neuen Bundesländer und Berlin strebt die Berliner SPD eine Vollversorgung aus Erneuerbaren Energien im Stromsektor bis 2030 an.

15. Wie bewerten Sie die Abscheidung und unterirdischen Lagerung von CO2 (CCS) in
a) Deutschland
b) Berlin
c) dem Berliner Umland?

Die SPD ist momentan dagegen, CCS zu einem zentralen Bestandteil einer Klimaschutzstrategie zu machen, da diese Technologie unerprobt und nicht verlässlich einzuplanen ist. Wir

befürworten eine einheitlich bundesweite Regelung über den Umgang mit CCS-Technologien.

Klimaschutzabkommen:

16. Sind Sie für eine Verlängerung des Klimaschutzabkommens mit Vattenfall nach Ablauf des Vertrages bzw. auf welcher Grundlage oder unter welchen Voraussetzungen?

Der Abschluss des Berliner Klimaschutzabkommens im Jahr 2009 war ein wichtiger Durchbruch in der Klimaschutzpolitik des Senats. Vattenfall hat sich vertraglich verpflichtet, seine CO₂-Emissionen bis 2020 auf 50 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren. Daran halten wir fest.